

# Wossische Zeitung



Verkinftische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3656—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3.00 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1.24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. d. 10 Pf.] Nr 29

MONTAG, 18. JANUAR 1932

ABEND-AUSGABE

## Wiener Entwaffnungsgesetz

### Innenminister Winklers Antwort auf den Attentatsplan

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 18. JANUAR

Minister des Innern Winkler erklärte in der „Sonn- und Montagsgesitzung“, er erhalte schon seit längerer Zeit Drohbriefe, die Morbanfälle anzudeuten, wobei nur von Göttingen, die in einem höheren Auftrag handelte. Ihren geistigen Führer erklärte er, er lasse sich nicht irre machen. Er habe kein Bedenken, sich gegen die Drohbriefe und werde für die Demokratie in Österreich kämpfen.

Der „Korrespondent“ meldet hierzu, daß in den nächsten Tagen im

Nationalrat ein Gesetz eingebracht werden soll, das die Entwaffnung aller Organisationen, der rechts- und linksgerichteten, vorsehe. Die bisher bestehenden gesetzlichen Bestimmungen reichen nicht aus, um den Frieden herbeizuführen. Schon in allerhöchster Zeit werden Maßnahmen angeordnet werden, um den Staat als alleinigen Träger der Machtmittel von jedem Wadteinfluß der Parteien zu befreien. Das neue Gesetz müsse in seiner Durchführung gleichmäßig nach allen Seiten mit derselben Energie angewendet werden.

Wieder sind Entwaffnungsmaßnahmen einseitig gegen links unternommen worden, während die rechtsseitigen Parteien unbehelligt bleiben.

## Die Frage der Moral

Am 6. Januar ist der nationalsozialistische Parteitag nach Berlin gekommen, um von dem Reichsminister Groener zu erfahren, daß die seit Wochen vorbereitete Aktion zur Bergängerung der Antisabener Hindenburg nunmehr offiziell in Angriff genommen werden soll. Von konnte für Hitler dabei nur die Tatsache sein, daß sich der Reichspräsident bereit gefunden habe, sein Amt weiterzuführen, wenn alle maßgebenden Parteien bedingungslos ihre Unterstützung anboten. Was hat er dem Vertreter der Reichsregierung gemeldet? Das Schriftstück, das mit seiner Unterfertigung versehen ist, enthält die folgenden Sätze: „Die Frage nicht machen. Es geht sich bei der Unterfertigung, Groener und Brüning hätten gegen die Moral verpflichtet, indem sie den Versuch gemacht hätten, mit seiner Hilfe ein „System“ zu retten, dessen Verwundung er betriebe.“

Wenn die Frage, die Reichsminister Groener an ihn gerichtet hat, eine grobe unethische Zumutung enthielt, und bei ihm und feinesgelehrten „beredigteten Stauen“ erwidern mußte, warum hat dann Hitler sieben Tage gebraucht, bis er zu einem Nein kam? Warum hat er die Empfindungen des Ministers und der unerschütterlichen Feindschaft, die er jetzt zum Ausdruck bringt, fortgesetzt verschwiegen? Oder glaubt man, Groener hätte gegenüber dem Reichsminister und dem Reichspräsidenten die Verantwortung dafür übernommen, daß die Verhandlungen fortgesetzt wurden, wenn Hitler gesprochen hätte, was er jetzt unterzeichnet? Ihr sofortiger Abbruch wäre selbstverständlich gewesen, wenn Hitler nicht gesagt hätte, daß er bereit sei, was zu tun, was er jetzt als eine „Reinigungsaktion des Systems“ eintritt und sich weilt.

Diese ganzen nachträglichen Erklärungen machen einen höchst belagenswerten Eindruck. Die Parteimitglieder sehen im kritischen Augenblick zu der Absicht, die der Reichsregierung vorschwebt, als sie im nationalen Interesse die Präsidentenfrage berart zu lösen versuche, das das übertragene Antisabener Hindenburg für die deutsche Sache bei den unangenehmen außerparlamentarischen Verhandlungen voll in die Waagschale fiel. In diesem Sinn und Geist hat Hindenburg selbst das Opfer gebracht, das die Fortführung seines kühnen Wagnis und der Verwirklichung und Berechtigung für ihn bedeutet. In diesem Sinn hat auch die große Masse der Bevölkerung in Stadt und Land, soweit sie nicht vom Parteiparagrafen des Reichsfaschismus erfüllt ist, die Aktion der Reichsregierung als erlösende Tat begrüßt. In diesem Sinn haben auch wir sie unterstützt, unter Zurücklassung aller Bedenke verfassungsmäßiger Art, die für diesen Ausnahmefall und für diese Ausnahmehandlung ungegültig werden konnten, wenn man nur das Ziel wollte.

Der nationalsozialistische Parteiführer hat sich und seiner Sache mit der neuen Verfertigung eines solchen Dienst erwiesen. Entweder hätte er von normieren die Verpflichtungen, die er jetzt unethischlich befristet; dann war er gegenüber Groener nicht offen, sondern mindestens zweideutig. Die andere Möglichkeit, für die alle Wahrheitsliebheit spricht, ist die, daß er zu einem Ja bereit und entschlossen war, bis Augenblicke Gegenwärtigen zu wirken begann und bis der Wiederstand seiner eigenen Parteimitglieder sich geltend machte. Unter der Parole „die Partei über alles“ erfolgte dann die Abgabe, erst vorzeitig und schließlich, schließlich im eigenen Regime, die die Moral enthält, vielleicht im dem Bormann der doppelten Moral anzuortommen.

Während Hitler seinen Rückzug aus der Verantwortung hinter den freien Willen der parteipolitischen Masse regelrecht hervorhob, um den Augen der Parteimitglieder, um die nationalsozialistische Konturreize zurückzuführen, die ihm auf dem Weg zur Macht ein ebenso großes Hindernis ist, wie Brüning und Groener. Erst jetzt hat wieder ein Teilnehmer an den Verhandlungen, die im Herbst zum Sturz Brünings führen sollten, die Mitteilung befristet, daß die Nationalsozialisten damals Hugenberg auszuscheiden wollten. Und nicht nur damals, Hugenberg aber will Rankler werden, hoffe es, was es sollte.

Die Stettiner Parole, die einem Freuden das Monopol des Stettungsamtes vorbehält, ist im Reichsgründungsstadium mit der ausbreitlichen Spitze „gegen Brüning“ aus dem nationalsozialistischen Konturreize zurückzuführen, die ihm auf dem Weg zur Macht ein ebenso großes Hindernis ist, wie Brüning und Groener. Erst jetzt hat wieder ein Teilnehmer an den Verhandlungen, die im Herbst zum Sturz Brünings führen sollten, die Mitteilung befristet, daß die Nationalsozialisten damals Hugenberg auszuscheiden wollten. Und nicht nur damals, Hugenberg aber will Rankler werden, hoffe es, was es sollte.

## Wieder Parlament in Belgrad

### König Alexanders Thronrede

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BELGRAD, 18. JANUAR

In einer gemeinsamen Sitzung des Senats und der Skupschina eröffnete heute vormittag König Alexander mit einer Thronrede das jugoslawische Parlament. „Das Gebäude und die Räume“, erklärte der Skupschina waren „schön geformt“. Vom kaiserlichen Palais bis zur Skupschina handelte es sich um die diplomatischen waren alle in Belgrad abfertigten fremden Vertreter versammelt. Am Eingang der Skupschina empfing den König der Ministerpräsident und die Vorsitzenden von Senat und Skupschina, die auch in der Sitzung gemeinsam den Vorsitz führten. „Gütlich begrüßt, verlas der König die Rede, die auch durch Radio übertragen wurde.“

In der Thronrede wird zuerst hervorgehoben, daß nach zwölf Jahrhunderten getrennter Entwicklung der südslawischen Völker das jugoslawische Volk sich in einem Einheitsstaat habe, nach dem alle Feinde besetzt hatte. Doch der Sieg über die äußeren Feinde war leichter als der über sich selbst. Die Stimmenerhebung konnte durch die Verfassung von 1922 nicht befristet werden und die Parteileidenhaft und der Haß stellen ernstlich die nationale und staatliche Einheit in Frage. Diese Einheit könne aber niemals Gegenstand eines Handels sein und müsse über allen Sonderinteressen stehen.

Deshalb mußte der König durch seinen Befehl am 6. Januar 1929, eingehend seiner Pflicht vor der Geschichte und der Nation, die dem Land ein Ende bereite. Die damals gebildete Regierung hat ihre Aufgabe erfüllt, die darin bestand, die Leidensstunden und den Haß zu beilegen.

Die beiden Säulen traten in der Zeit der wirtschaftlichen Krise zusammen und haben daher eine schwere Aufgabe zu erledigen. Außenpolitisch will Jugoslawien auch in Zukunft eine Stütze des Friedens und der Ordnung bleiben und ist in dieser Politik der internationalen Solidarität mit seinen Verbündeten und Freunden einig. Jugoslawien lebt mit allen Nachbarn in bestem Einverständnis und wird immer der internationalen Zusammenarbeit dienen.

Bei der Währungsreform ist Jugoslawien bereit, alle Opfer zu bringen, die mit der Sicherheit des Landes in Einklang gebracht werden können. Die jugoslawische Armee war ein Instrument der Bedrohung, jedoch nur ein Schutz des Landes und eine Schule der nationalen Erziehung. Die Erhaltung der Reparationen hat Jugoslawien in eine schwere Lage gebracht. Es ist unmöglich, daß Jugoslawien einerseits die Kosten des Krieges trägt und andererseits die nötigen Mittel entzogen werden für die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden. Diesen Standpunkt werde Jugoslawien in der Reparationsfrage stets vertreten.

## Stimmengleichheit und Wahlrechtsreform

Vordem Interfraktionellen Ausschuss

Seit nachmittag tritt im Verfassenden Landtag der Interfraktionelle Ausschuss zusammen, um sich von Finanzminister Klepper und Innenminister Groener, der den Ministerpräsidenten vertritt, über die Pläne der preussischen Staatsregierung für den Ausgleich des Etats 1932 unterrichten zu lassen.

Auch nach den letzten Mitteilungen an dem neuen Etat ist bekanntlich noch ein Betrag von 140 bis 145 Millionen überzugsbedürftig, für den eine Deckung noch nicht gefunden ist. Leider die reichsweiten Möglichkeiten und auch über die Verhandlungen mit dem Reich in dieser Frage ist in der „Wossischen Zeitung“ berichtet worden. Man kann annehmen, daß seitdem eine Entscheidung noch nicht gefallen ist. — Die heutige Besprechung soll dazu dienen, eine Klärung hierüber und auch über die parlamentarische Behandlung vorzubereiten.

Zugleich soll der Versuch gemacht werden, die Höhe des Wahlquotienten, die die erste preussische Sparverordnung von 40.000 auf 60.000 erhöht hatte, auf 60.000 herabzusetzen. Der Wunsch eingetragener Parteien geht ferner dahin, die Bestimmungen der preussischen Verfassung, daß in einem Wahlkreisverband ein Abgeordneter nur dann als gewählt gilt, wenn er in einem Wahlkreis mindestens 60.000 Stimmen erlangt hat, dahin zu revidieren, daß 20.000 Stimmen ausreichen sollen. — Bericht

bei Verlaß der Rotverordnungen nur kritisiert werden, daß die Frage nun in entscheidender grundsätzlicher Bedeutung wie die der Wahlfreien, ohne Abwägung des Parlaments kaum getregt werden könne. Wenn auch verfassungsmäßige Bedenken nicht bestehen, lo kann man dieser Kritik zu klammern. Es wäre daher zu begrüßen, wenn jetzt eine Regelung getroffen werden könnte, die den bestehenden politischen Kräfteverhältnissen feher Rechnung trägt als es durch die Bestimmungen der Rotverordnung der Fall ist.

## Abzeichenverbot außer Kraft

Durch neue Verordnung des Reichspräsidenten

Die angeklagte Aufhebung des Verbots politischer Abzeichen ist jetzt erfolgt. Unter dem 16. Januar ist auf Grund des Art. 48 Absatz 2 der Reichsverfassung folgende Rotverordnung erlassen worden: „Dem Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im adien Teil Kapitel II der „Verordneten Verordnung des Reichspräsidenten zur Eingetragung von Wertschrift und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens“, vom 8. September 1931 im ausgedruckten Verbot des Tragens von Abzeichen nicht für Abzeichen, Postkarten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen werden.“ Die Verordnung ist vom Reichspräsidenten unterzeichnet und von Brüning und Groener gegengezeichnet.